

Postarten gemacht hatte, eine strenge, eine sehr strenge Untersuchung einzuleiten. Als die Untersuchung zu Ende geführt war, erfuhr der strenge Minister der Posten zu seinem großen Schmerz und zu seiner noch größeren Ueberraschung, daß viele von jenen jungen Brüsseler männlichen und weiblichen Geschlechtes sich von der Post ihre Liebesbriefe — einfach Liebesbriefe! — ausständig liehen. Ein Minister, der sich nur um die materiellen Interessen des Staates gekümmert hätte, hätte aufrichtige Freude empfunden über den durch Gott Amors so gewollig geförderten Briefmarkenverkauf; Herr Helleputte aber kam nach reiflicher Ueberlegung zu dem Resultat, daß ein Staatsministerium bei solchen Frivolitäten nicht Kupplerdienste leisten dürfe. Infolgedessen versandte der Minister sofort einen Rundschreiben an die Postbeamten, in welchem er kund und zu wissen tat, daß es fortan streng verboten sei, postlagernde Briefe, die als Adressen nur Zahlen oder Buchstaben aufweisen, dem Publikum auszuliefern. Auf diesen Erlass ist Herr Helleputte besonders stolz; hat er doch, wie er meint, damit den doppelten Zweck erreicht: den Dienst der Postbeamten bedeutend zu erleichtern und zur Besserung der Sitten des Landes beizutragen. Es ist aber anzunehmen, daß er noch nicht am Ende seiner amtlichen Gewissensbisse und seines durch die Verderblichkeit der Sitten hervorgerufenen Schmerzes ist. Die jungen Besucher und die schönen Besucherinnen des Brüsseler Zentralpostamts werden jetzt wahrscheinlich für die Adressen ihrer Liebesbriefe statt der verpönten Zahlen und Buchstaben ganze Worte wählen, und die Post wird, zur großen Enttäuschung des Herrn Helleputte, sicher auch in Zukunft noch die beste und sicherste Liebesvermittlerin bleiben! („Münch. N. N.“)

Die Jarin krank.

Aus Petersburg wird dem „Daily Telegraph“ gemeldet, daß die Abwesenheit der Kaiserin von Rußland bei dem Diner, das zu Ehren des Geburtstages des Kaisers Franz Joseph gegeben wurde, darauf zurückzuführen gewesen sei, daß die hohe Frau an einer sehr schmerzhaften Sehnenentzündung leide, verbunden mit schweren Nervenankfällen. Der Zar selbst habe den Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Botschaft erzählt, daß seine Gemahlin nicht lange stehen könne, doch befände sie sich bereits auf dem Wege der Besserung.

Das Ende Fehim Paschas.

Aus Brussa erhalten türkische Blätter ausführliche Berichte über das schreckliche Ende, das der einst so mächtige Fehim Pascha genommen hat. Als er sich nicht mehr sicher fühlte, flüchtete er, von einem albanesischen Diener begleitet, nach Isnik in das Haus Eddem Paschas. Hier wurde er erkannt und vom Kaimakam des Ortes aufgefordert, bei ihm zu erscheinen. Fehim, mit zwei Revolvern bewaffnet, begab sich in den Konak. Der Diener wartete an der Tür, und Fehim stieg allein die Stiege hinauf. Während oben Fehim von den Leuten des Kaimakams entwaffnet wurde, fiel die angesammelte Menge über den Diener her, entwaffnete ihn und schleppte ihn ins Gefängnis. Der Kaimakam begleitete Fehim bis an die Schwelle des Konaks. Fehim wollte die Flucht in einem Mietwagen fortsetzen, er kam aber nicht weit, da die rasende Menschenmenge, die ihn umgab, den Wagen umstürzte und mit Knütteln, Steinen und Erbschollen auf seinen Insassen einhieb und ihm die Kleider vom Leibe riß. Fehim winkelte um Erbarmen und rief, er sei ein guter Patriot, aber die Menge ließ sich nicht besänftigen; sie spuckte ihn an, beschimpfte ihn und schrie, er müsse verenden wie ein Hund, bis Fehim wie leblos hinsank. Um sich zu bergeistern, daß er auch tot sei, traten ihm zwei Männer auf den Leib. Fehim erhob sich heulend vor Schmerz. Sofort stürzte sich das Volk auf ihn und schlug ihm den Schädel ein. Später wurde die Leiche auf einen Mistwagen geladen, und in einem Winkel eingescharrt. Die Leute verweigerten Fehim ein Begräbnis auf dem Friedhofe. Fehim hatte fünf Frauen, die er vor seiner Flucht mit seinem Gelde nach Konstantinopel geschickt hatte. Erst zwei Tage vor seinem Ende hatte er eine junge zirkassische Prinzessin geheiratet. Seine vier Söhne und seine Tochter hat er in Brussa zurückgelassen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Lehrkreise für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 24. August.

— **König Friedrich August** nahm gestern in Pillnitz eine Audienz des Chemnitzer Bürgergesangsvereins entgegen.

— Am 17. dieses Monats hat eine abermalige Auslosung königlich sächsischer Staatspapiere stattgefunden, von welcher die 3% Staatsschulden-Rassenscheine vom Jahre 1855 betroffen worden sind. Die Inhaber der genannten Staatspapiere werden hierauf noch besonders mit dem Hinzufügen aufmerksam gemacht, daß die Listen der gezogenen Nummern in der Leipziger Zeitung, dem Dresdener Journal und dem Dresdener Anzeiger veröffentlicht, auch bei sämtlichen Bezirkssteuer-einnahmen, sowie bei allen Stadträten, Bürgermeistern und Gemeindevorständen des Landes zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden. Mit diesen Listen werden zugleich die in früheren Terminen ausgelosten bez. gekündigten, aber noch nicht abgehobenen Nummern wieder aufgerufen, deren große Zahl leider beweist, wie viele Interessenten zu ihrem Schaden die Auslosung übersahen. Es können dieselben nicht genug davor gewarnt werden, sich dem Irrtum hinzugeben, daß, so lange sie Zinsscheine haben und diese unbeanstandet eingelöst werden, ihr Kapital ungekündigt sei. Die Einkünfte können eine Prüfung der ihnen zur Zahlung präsentierten Zinsscheine nicht vornehmen und lösen jeden echten Zinsschein ein. Da nun aber eine Verzinsung ausgeloster oder gekündigter Kapitale über deren Fälligkeitstermin hinaus in keinem Falle stattfindet, so werden die von den Beträgligen infolge Unkenntnis der Auslosung zu viel erhobenen Zinsen

seinerzeit am Kapitale gekürzt, vor welchem oft empfindlichen Nachteile sich die Inhaber von Staatspapieren nur durch regelmäßige Einsicht der Ziehungsliste (der gezogenen wie der restierenden Nummern) schützen können. Ganz besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß der gesamte Rest der 3% Staatsanleihe vom Jahre 1867 für den 30. Juni dieses Jahres aufgekündigt worden ist und demnach alle noch im Umlauf befindlichen Staatsschuldenrassenscheine dieser Anleihe von diesem Zeitpunkte an zahlbar geworden sind.

— **Schulgeld und Arbeitsverdienst.** Eine allgemein interessante Entscheidung auf dem Gebiete der Krankenversicherung hat, wie die „Beipz. Neuch. Nachr.“ melden, der 1. Senat des sächsischen Oberverwaltungsgerichtes gefällt. Es handelt sich um die Frage, ob Schulgeld, das vom Lehrherrn für einen Lehrling bezahlt wird, als Arbeitsverdienst im Sinne des Krankenversicherungs-gesetzes anzusehen ist. Der Vater eines Buchhändlerlehrlings in Leipzig klagte gegen die dortige Krankenkasse auf Anerkennung der Pflichtmitgliedschaft, weil dessen Lehrherr das auf 40 Mark jährlich sich belaufende Schulgeld bei der Buchhändler-Lehranstalt für ihn bezahle, nach dem Kassensatze aber Lehrlinge bereits bei einem Arbeitsverdienst von 1 Pfennig für den Tag der Kasse angehört. Die Kreisgerichtspräsidenten in Leipzig als Verwaltungsgericht hat jedoch auf Abweisung der Klage erkannt und das Oberverwaltungsgericht als höchste Instanz hat jetzt dieses Urteil bestätigt, indem es die vom Kläger eingelegte Berufung kostenpflichtig verworfen.

— **Die neuen fiskalischen Säfen an der Ruhrmündung** werden in der Augustnummer der „Flotte“ in Wort und Bild beschrieben. Neben dieser hochmodernen Schiffahrt ist es gerade interessant, einen Blick auf die Umränge deutscher Schiffahrt zu werfen, wie es in dem Artikel „Vorgeschichtliche Seefahrten der germanischen Nordseebölder“ von Prof. Dr. H. Nuchau geschieht. „Der englische Flottenbesuch in Danemark“, sowie ein kleiner Artikel, der vom Prinzen Adalbert von Preußen — dem „Prinz-Admiral“ — handelt, beschließen die Nummer, deren Seiten zum Teil von dem ausführlichen Bericht der Danziger Tagung ausgefüllt werden. Eine Reihe guter Bilder, sowie eine Unterhaltungsbeilage und Bilderchau sind auch dieser Nummer der „Flotte“ beigegeben.

— **Der Flugtechniker Hermann Ganswindt** in Siedeburg bei Berlin versendet einen an die Stadtvertretungen gerichteten Prospekt, in dem Stimmung gemacht werden soll für das Ganswindtsche Unternehmen, das infolge Mangels an Betriebsmitteln nicht gefördert werden kann. Die Art, in der eine solche Propaganda betrieben wird, kennzeichnet am besten der Schluß eines Schreibens, das an eine große Anzahl von Stadtverordneten-Vorsitzern appelliert. Es heißt da u. a.: „Veranlassen Sie Ihr hochangesehenes Stadtverordneten-Kollegium gütig, seine Hilfe nicht dem schon genugsam durch zahllose Havarien erkannten falschen (!) und dennoch krankhaft-irrationell (!) unterstützten Luftschiffsystem des Grafen Zeppelin, sondern dem einzig richtigen System des echten (!) und dennoch krankhaft-irrationell (!) verfahrenen Ganswindt zuzuwenden.“ — Wir glauben auf die weiteren langatmigen Ausführungen nicht näher eingehen zu brauchen, denn vorstehende Kostprobe genügt wohl zur Kennzeichnung des ganzen Laborats!

— **Der Jahresbericht über die Landwirtschaft im Königreich Sachsen**, herausgegeben von dem Landwirtschaftsministerium für das Königreich Sachsen, ist soeben erschienen. In dem Bericht ist über die allgemeine Lage der Landwirtschaft folgendes ausgeführt: Bereits im Vorjahre konnte berichtet werden, daß sich die wirtschaftliche Lage der sächsischen Landwirtschaft im allgemeinen etwas gebessert habe. Erfreulicherweise haben sich auch im Jahre 1907 die Verhältnisse, was die Verwertung der meisten Erzeugnisse anbelangt, so gestaltet, daß sie als befriedigend bezeichnet werden können. Die Schlachtviehpreise waren allerdings durchschnittlich niedriger als im Vorjahre. Am stärksten war der Rückgang bei den Schweinepreisen, der in der ersten Hälfte des Berichtjahres annähernd 10 Mark für den Zentner Lebendgewicht betrug. Im zweiten Halbjahre trat eine Steigerung der Preise ein, ohne daß aber die im vorangehenden Jahre erzielten Durchschnittspreise erreicht wurden. Im Hinblick hierauf und bei der bedeutenden Erhöhung der Preise für alle Kraftfuttermittel, deren Verwendung nicht entbehrt werden kann, dürfte somit die Rentabilität der Viehhaltung eine Einbuße im Vergleich zu dem Vorjahre erlitten haben. Günstiger gestalteten sich die Verhältnisse bezüglich der Verwertung des Getreides und der hieraus erzielten Einnahmen. Wenn auch in manchen Bezirken des Landes ein erheblicher Teil der Weizenfaaten und auch viele Roggenfaaten durch Frost stark beschädigt oder ganz vernichtet waren und infolgedessen durch Neubefellung der betreffenden Flächen besondere Ausgaben für Arbeitslohn und Saatgetreide sich nötig machten, so war doch im Berichtsjahre das Gesamtergebnis der Ernte befriedigend, da die Befürchtungen, welche die in der hauptsächlichsten Entwicklungsperiode der Feldfrüchte und auch zur Erntezeit vorzugsweise wenig günstige Witterung entstehen ließ, nicht oder doch nicht in vollem Umfange eintreten und die höheren Preise für Getreide die Einnahmen steigerten. Indessen hatte die Steigerung der Einnahmen nicht in gleichem Maße auch eine Erhöhung des Reingewinnes aus dem Getreidebau zur Folge. Den besseren Erträgen standen vielmehr erheblich größere Aufwendungen für den Wirtschaftsbetrieb gegenüber, wodurch der Gewinn wesentlich vermindert wurde. Die Klagen über Verteuerung der Wirtschaftsbetriebsmittel aller Art sind vorher noch nicht so allgemein und in einem solchen Grade laut geworden als im Berichtsjahre. Unter solchen Umständen werden die schweren Verluste, welche die Landwirte in den letzten Jahrzehnten erlitten haben, und die eine erhebliche Zunahme der Verschuldung zur Folge haben mußten, nur langsam wieder ausgeglichen, und die gesamte wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft kann daher zurzeit noch keineswegs als günstig bezeichnet

werden, zumal dem landwirtschaftlichen Gewerbe nach wie vor eine große Gefahr in der Arbeiternot droht, die im Berichtsjahre einen Umfang erreichte, wie er in vielen Bezirken des Landes vorher noch nicht beobachtet worden ist. Trotz weiter gesteigerter Löhne und der Erfüllung der erhöhten Ansprüche an die Kost waren in vielen Fällen die für den Wirtschaftsbetrieb unentbehrlichen Arbeitskräfte überhaupt nicht zu erlangen und war bei den vorhandenen Leuten die Neigung zum Kontraktbruch noch häufiger als früher zu beobachten. Letzteres gilt namentlich auch von den ausländischen Arbeitern. Ohne stichtbaren Anlaß verlassen die mit großen Kosten beschafften Leute ihre Arbeitsstätte oft gerade in der arbeitsreichsten Zeit, in der die Beschaffung von Ersatzleuten außerordentlich schwierig, und, wenn überhaupt, nur mit noch größeren Kosten möglich ist. In vielen Wirtschaften wurde daher im Berichtsjahre die Ausführung der nötigen Arbeiten in Frage gestellt. Besonders gilt dies für die Gadarbeiten, da die regnerische Witterung die Entwicklung von Unkraut stark begünstigte und große Aufwendungen für die Vertilgung desselben erforderlich waren, wozu aber zum Teil die notwendigen Arbeitskräfte nicht zu erlangen waren. Die Befestigung oder doch Verminderung der angelegten Weiden wird dringend gefordert, wenn die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft erhalten werden soll. Hieran hat aber nicht nur die Landwirtschaft allein, sondern die Gesamtheit das allergrößte Interesse.

— **Die Errichtung einer Fleischerinnung in Meissen rechts** hat, wie aus dem Bericht der Gewerbe-kammer Dresden auf 1907 zu ersehen ist, in Frage gestanden. Auf ein Ersuchen der Kreisoberhauptschaft Dresden hat sich die Kammer über diese Frage gutachtlich unter anderem dahin geäußert, daß es das Beste sei, wenn durch eine gemeinsame Veranlassung der Mitglieder der vorhandenen Innung und der außerhalb derselben befindlichen Fleischer im Amtsgerichtsbezirk Meissen, welche die Bildung einer neuen Innung beantragt haben, zunächst die Frage erörtert wird, ob eine oder zwei Innungen bestehen sollen. Nachdem die bestehende Innung sich bereit erklärt hat, die Teilhaberschaft an dem Schlachthofe in Meissen und die Innungsmitgliedschaft voneinander zu trennen und die Gebühr für die Aufnahme neuer Mitglieder auf einen angemessenen Betrag herabzusetzen, den auch weniger reich bemittelte Handwerker ohne erhebliche Schwierigkeiten aufbringen können, so sei damit der einzige Grund, aus dem die Kammer die Bildung einer neuen Innung für berechtigt angesehen hat, hinfällig geworden. Das Gutachten erörtert dann weiter die Ausdehnung des Bezirkes der bestehenden Innung. Die Kammer stimmt der Ansicht der Amtshauptmannschaft zu, daß die Orte Weinböhla, Nieberau, Neucoswig, Coswig, Röditz, Brodwin und Saverzig, wegen der örtlichen Lage und der Verkehrs-Verbindung bei der Innung von Adelsbrunn zu belassen seien, zu der sie schon jetzt gehören, hält es aber für zweckmäßig, wenn die Gemeinde Zschella und das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Gölz aus der Nadeburger Fleischerinnung, sowie Taubenheim und Weinböhla aus der Wilsdruffer Fleischerinnung ausbezirkt werden. Was Taubenheim anbelangt, so liegt es in der Mitte zwischen Meissen und Wilsdruff, gehört aber zum Meissener Gerichtsbezirk und hat die leichtere Eisenbahnverbindung mit Meissen. Der so erweiterte Bezirk der Meissener Innung sei nicht zu ausgedehnt, um eine ersperrliche Teilnahme an den Innungsleistungen und Veranlassungen für alle Innungsmitglieder zu ermöglichen, da zu berücksichtigen sei, daß sehr viele Fleischer Pferd und Wagen besitzen und so ohne große Umstände an den Innungssitz gelangen können. Etwas Besseres als die über den Amtsbezirk Meissen sich erstreckende Innung sei eben in absehbarer Zeit nicht zu erhoffen, auch gebe es noch mehr Innungen von derselben und noch größerer Ausdehnung, so zum Beispiel die zu Tharandt, die sich über die ganze Amtshauptmannschaft Dresden-Nistadt erstreckt. Soweit das Gutachten der Gewerbe-kammer. — Die Angelegenheit hat inzwischen weitere Fortschritte gemacht und es ist der Eintritt der Fleischermeister von Meissen rechts in die bestehende Innung als bevorstehend anzusehen.

— **Herr Gymnasialoberlehrer Dr. Bassenge aus Dresden** wird in einer öffentlichen Gedankensammlung, die der Evangelische Arbeiter-Verein zu Wilsdruff, in Verbindung mit dem Evangelischen Jünglingsverein am nächsten Sonntag im Schützenhaus hier selbst veranstaltet. Herr Dr. Bassenge entspricht damit sicher einem Wunsche aller derer, die die Freude hatten, den trefflichen Redner während der letzten Reichstagswahlbewegung zu hören.

— Wie schon früher erwähnt, erhält das **Wilsdruffer Fernsprechnetz** gegenwärtig Doppelleitung. Die Arbeiten sind sehr umfangreicher Natur. Zunächst hat man die Anlagen im Postgebäude selbst vollständig umgestaltet. Nunmehr werden die Einzelleitungen dem Doppelleitungsbetrieb angepasst. Das setzt natürlich eine Umgestaltung der Gestänge auf den Privatgebäuden usw. voraus. Da die Arbeiten lediglich im Interesse der Allgemeinheit erfolgen, darf man wohl hoffen, daß die beteiligten Grundstücksbesitzer den Bauausführenden nach Möglichkeit entgegenkommen.

— Der Wilsdruffer Stadtgemeinderat hat zum Schutze der beiden städtischen Parks gegen die Nonne bekanntlich die **Anlegung von Leimrinnen** beschloffen. Aus unserem Beiratskreise wurden uns Bedenken gegen die Maßnahme zugetragen. Durch Vermittelung der „Zittauer Morgen-Zeitung“ wandten wir uns deshalb an einen Sachverständigen. Derselbe schreibt uns: „Es ist sehr erfreulich, wenn Stadtverwaltungen, welche Wald besitzen, auch dann, wenn sich die Nonne nur wenig bemerkbar macht, mit allen verfügbaren Mitteln den Schädlings bekämpfen wollen. Wenn sie allerdings nicht die rechten Mittel oder die betreffenden Mittel nicht zur rechten Zeit wählen, so sind sie dafür zur Verantwortung zu machen, wenn sie sich nicht mit einem ordentlichen Sachverständigen in Ver-